

zum Sommer 1961 erstmals die Generalversammlung einzuberufen, damit der Vorstand — mehr als ein Jahr nach der Gründung des Verbandes — satzungsgemäß gewählt werden kann.

Der provisorische Verbandspräsident, FAZ-Militär Adelbert („Little“) Weinstein, soll durch den regulären Wahlakt bestätigt werden. Dies, obgleich ihn seine journalistische Schlachtenbummlerei über die Kriegsschauplätze der Welt bisher von jedweder Verbandsarbeit ferngehalten hat: Strauß wünscht Weinstein auf dem ersten Verbandssitzungsort. Die übrigen Vorstandssitze aber sind zur Wahl freigegeben worden.

Von dieser demokratischen Anstrengung versprechen sich die Verbandsmanager und ihre Förderer in der Bonner Ermeikaserne endlich jenen Mitgliederzulauf, der die Kosten lohnen soll.

Die Zahl der Bundeswehr-Reservisten heute: 158 000. Die Ist-Stärke des Reservistenverbandes: „beinahe 3000“ — schätzen die Verbandsführer, denen die Vorgänge ganz unten natürlich nicht bis ins letzte Glied bekannt sind.

ATTENTATE

Von Herrn Huber

Nur wenige Augenblicke bevor er den Nachtexpress nach Paris bestieg, um Zeuge des Europa-Palavers zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle zu werden, erhaschte Günter Müggenburg, Bonner Vertreter der „Westdeutschen Allgemeinen“ (WAZ) die Sensation des Karnevalmonats.

Von einem entfernten Bekannten, der — so Müggenburg — in der Bundeshauptstadt „etwas mit der Sicherheit zu tun“ hat, erfuhr der WAZ-Journalist, was bis dahin Betriebsgeheimnis des Bonner Kanzleramts geblieben war: Auf den Bundeskanzler sei kürzlich ein Brief-Attentat versucht worden.

Noch in der Nacht alarmierte Müggenburg von Paris aus die WAZ-Zentralredaktion in Essen mit der Bombensensation. Unverzüglich setzte die Redaktion den in Bonn verbliebenen WAZ-Korrespondenten Ernst Mey in Marsch, um Näheres zu erfahren.

WAZ-Reporter Ney fand bei seinen Recherchen bald heraus, daß auch Verteidigungsminister Strauß einen Pulver-Brief erhalten hatte. Sicherheitshalter fragte er beim Verteidigungsministerium an, ob diese Nachricht stimme. Antwort: jawohl.

Am nächsten Morgen, 24 Stunden vor allen anderen Morgenblättern, schockte die „Westdeutsche Allgemeine“ ihre Leser mit Balkenüberschriften: „Sprengstoffanschlag gegen Adenauer und Strauß vereitelt“ und „Höllenschiffen in Postpaketen“. Die anderen Zeitungen klappten drei- und vierspaltig nach.

Diese Meldungen ließen den Bundesinnenminister Gerhard Schröder nicht ruhen. Er wählte, die Strauß-Leute hätten ihren Minister wieder einmal über Gebühr aufgewertet und gab daher seiner eigenen Pressestelle Anweisung, die Attentate so harmlos darzustellen, wie sie wirklich waren:

Unter den Briefschaften, die am Sonntagabend, dem 4. Februar, im Bundeskanzleramt sortiert wurden, lag ein Päckchen, auf dem als Empfänger der Kanzler und als Absender ein gewisser Huber aus München angegeben war.

Eine Routine-Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen, wie sie bei allen eintreffenden Paketen im Palais Schaumburg üblich ist, ergab nichts, was auf das Vorhandensein einer Höllenschiffen gedeutet hätte; weder ein Draht noch ein Metallzünder wurde sichtbar.

Erst nach Öffnung der Verpackung entdeckten des Kanzlers Post-Schnüffler, daß Attentäter Huber aus München Schwarzpulver in Koperngläser gefüllt und mit handelsüblichen Knallbonbon-Zündern aus Pappe und Bindfaden versehen hatte.

Eine „Explosion“ des Päckchens hätte es allenfalls geben können, wenn die Verpackung mit unziemlicher Heftigkeit auseinandergerissen worden wäre;



Bomben-Reporter Müggenburg
Schwarzpulver in Koperngläsern

ebenso primitiv war Hubers „Höllenschiffen“ für Strauß konstruiert.

Die Bundesanwaltschaft, die sich zunächst mit der Sache befaßt hatte, zeigte sich Ende letzter Woche an dem Fall Huber nicht mehr interessiert und gab ihn an die Bonner Staatsanwaltschaft ab.

GEWERKSCHAFTEN

MITBESTIMMUNG

An einen Bonzen

Dem Arbeitsdirektor der Stahlwerke Südwestfalen AG, Dr. Erich Dudziak, schwante zu Recht nichts Gutes, als sich auf dem 6. Kongreß der Industriegewerkschaft Metall in Berlin der Zweite Vorsitzende seines Betriebsrats, Hans Polcyn, zu Wort meldete. Im heimatischen Geisweid an der Sieg waren beide zuvor in eine Auseinandersetzung geraten, die Polcyn nun ungestüm in die Berliner Kongreßhalle trug, wo sein Arbeitsdirektor als Gast der IG Metall auf der Ehrentribüne saß.

Polcyn verkündete den Funktionären, daß sich in seinem Betrieb „der Arbeitsdirektor“ in der höchst wichtigen Frage der Altersversorgung seiner Stahlarbeiter „nicht hinter die Forderungen der

Arbeitnehmer gestellt“ habe. Er sei auch nicht zu bewegen gewesen, an einer Versammlung teilzunehmen, auf der die Belegschaft der Stahlwerke in Geisweid gegen die von der Geschäftsleitung erwogenen Pensionsvorschlüsse protestierte.

Von empörten „Hört-hört“-Rufen in der Berliner Kongreßhalle angefeuert, krönte der belesene Polcyn seinen Angriff mit dem (leicht abgewandelten) Tucholsky-Gedicht „An einen Bonzen“. Den Blick auf Dudziak gerichtet, deklamierte er:

Einmal waren wir beide gleich.
Beide: Proleten im deutschen Reich.
Beide in derselben Luft, beide in gleicher verschwitzter Kluft.
Dieselbe Werkstatt — derselbe Lohn —
derselbe Meister — dieselbe Fron —
beide dasselbe elende Küchenloch ...
Kollege, erinnerst Du Dich noch?
Aber Du, Kollege, warst flinker als ich.
Dich drehen — das konntest Du meisterlich.
Wir mußten leiden, ohne zu klagen,
aber Du — Du konntest es sagen.
Konntest die Bücher und die Broschüren,
wußtest besser die Feder zu führen.
Treue um Treue — wir glaubten Dir doch.
Kollege, erinnerst Du Dich noch?
Heute ist das alles vergangen.
Man kann nur durchs Vorzimmer zu Dir
gelangen.
Du rauchst nach Tisch die dicken Zigarren,
Du lachst über Straßenhetzer und Narren.
Weißt nichts von alten Kameraden,
wirst aber überall eingeladen.
Du zuckst die Achseln beim Hennessy —
und hast mit der Welt Deinen Frieden
gemacht.
Hörst Du nicht manchmal in dunkler Nacht
eine leise Stimme, die mahndend spricht:
„Kollege, schämst Du Dich nicht —?“

Die Attacken des 36jährigen Polcyn gegen den fast 20 Jahre älteren, durch das Mitbestimmungsgesetz an den Vorstandstisch avancierten Kollegen, waren durch einen — später zurückgezogenen — Gesetzesvorschlag der Freien Demokraten in Bonn hervorgerufen worden.

Die FDP hatte einen Entwurf ausgearbeitet, nach dem alle „nichtbergmännischen Betriebe aus der knappschaftlichen Versicherung“ ausscheiden und in die allgemeine Sozialversicherung übernommen werden sollten. Historische Zufälligkeiten hatten die Siegerländer Stahlarbeiter in die Bergmanns-Versicherung geführt, und sie wehrten sich aus gutem Grund gegen die geplante Änderung.

Während der Rentenanspruch in der Knappschaft mit jedem Arbeitsjahr um 2,5 Prozent steigt, erhöht er sich in der Invalidenversicherung nur um 1,5 Prozent. Durch den FDP-Vorschlag drohte mithin den Stahlkochern an der Sieg eine erhebliche finanzielle Einbuße an ihrem Lebensabend. Der Vorstand der Stahlwerke Südwestfalen AG, dem das Gewerkschaftsmitglied Dudziak angehört, versuchte zu vermitteln. Er schlug vor: Wird der FDP-Antrag zum Gesetz erhoben, so zahlt die Firma ihren Pensionären den entstehenden Differenzbetrag.

Die Belegschaft jedoch, durch zwei Währungsreformen über die Vergänglichkeit privater Rentenzusagen belehrt, verlangte, in der staatlich sanktionierten Knappschaft zu verbleiben. Die IG Metall organisierte eine Protestversammlung, zu der indes der eingeladene Arbeitsdirektor nicht erschien.

Dudziaks Position in dieser Auseinandersetzung entspricht der schiefen Lage, in die sich Westdeutschlands Gewerkschaften selbst manövriert haben. Das vom DGB erkämpfte Mitbestimmungsgesetz vom 21. Mai 1951 gibt ihnen das Recht, Arbeitnehmer ihres